

Unser Programm für 2021-2026

**Viele Kieze. Ein Bezirk.
Für ein solidarisches Berlin Mitte.**



SPD Berlin Mitte
Müllerstraße 163
13351 Berlin
www.spd-berlin-mitte.de

Titelfoto: stockphoto-graf – adobe.stock.com

VORWORT **5**

I. ÖFFENTLICHE RÄUME FÜR ALLE MENSCHEN IM BEZIRK NUTZBAR MACHEN!

Der öffentliche Raum ist für alle da.	8
Verkehrsräume neu verteilen und klimagerechte Mobilität für alle ermöglichen!	12
Berlin Mitte: geschichtsbewusst und dekolonial!	14
Offener Zugang zu bezirklichen Kulturangeboten	15
Projekte im Kiez	16

II. UNSERE KIEZE SIND ORTE FÜR GUTE ARBEIT, WOHNEN UND GUTE BILDUNG

Wohnen darf kein Luxus, Wohnen muss bezahlbar sein!	24
Wirksamer Klimaschutz findet vor Ort statt	27
Mehr Raum für Bildung schaffen!	29
Gute Bildung für alle	31
Wirtschaft, gute Arbeit und Tourismus	33
Das Bezirksamt – Vorbild für gute Arbeit im Bezirk und darüber hinaus	34
Projekte im Kiez	37

III. EIN VIELFÄLTIGES UND GEMEINSCHAFTLICHES BERLIN MITTE

Familien und Jugendliche stärken!	42
Öffentliche Gesundheitsdienste ausbauen!	45
Teilhabe von Senior*innen sicherstellen!	45
Vielfalt ist für uns Stärke	46
Den Schwächsten wollen wir helfen!	49
Transparente und bürger*innenfreundliche Bezirksverwaltung	49
Gleichstellung und Chancengleichheit durchsetzen!	52
Projekte im Kiez	55

Vorwort

Unser Bezirk bietet 390.000 Menschen ein **Zuhause**. Er ist Arbeitsort für viele tausend Pendler*innen und **Sehnsuchtsort** für Millionen Tourist*innen. In einem dicht bebauten Bezirk wie Mitte gewinnt der **öffentliche Raum** dadurch zunehmend an Bedeutung – als Ort des Austausches und der Begegnung, als sozialer und kultureller Aktionsraum. Er ist zugleich Rückzugs-, Begegnungs- und Kreativraum aus beengten Wohnverhältnissen und Lebenssituationen. Wir wollen einen Bezirk, dessen öffentliche Räume lebenswert und integraler Bestandteil des Alltags sind.

Wir setzen uns für öffentliche Räume ein, die vielfältig **nutzbar**, öffentlich **zugänglich**, **sicher** sowie **nachhaltig gestaltet** sind und **sauber gehalten** werden. Sie sind vor allem dann belebt und beliebt, wenn sie zum Aufenthalt einladen. Wir wollen einen Bezirk, der dort Angebote zur Begegnung oder einfach zum Beobachten des Lebens schafft. Daher haben für uns **Investitionen in die Infrastruktur** eine hohe Priorität. Wir wollen Frei-, Rückzugs- und Kreativräume sowie Begegnungsstätten erhalten. Und dort, wo sie fehlen, wollen wir sie neu schaffen.

Wir stehen für eine **nachhaltige und klimagerechte Bezirkspolitik**. Wirksamer und sozial gerechter Klimaschutz leitet uns bei unseren politischen Maßnahmen. Ein **nachhaltiges Berlin Mitte** steigert nicht nur die

Lebensqualität der Bewohner*innen, sondern leistet auch einen Beitrag für die Bewältigung der globalen **Klimakrise**. Menschen mit geringem Einkommen sind oft höheren Umweltbelastungen ausgesetzt. Unser Ziel ist es daher, gesunde Umwelt- und Lebensverhältnisse für alle zu schaffen – wir wollen die klimagerechte Stadt.

Wir wollen eine **Stadt für alle**. Als SPD Mitte stehen wir für sozialen Aufstieg und soziale Gerechtigkeit. Unser Handeln dient der sozialen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung aller Kieze. Anhaltendes Bevölkerungswachstum und der damit einhergehende Bedarf an Wohnungen und sozialer Infrastruktur sowie die notwendige Umstellung auf ein nachhaltiges, klimaneutrales Wirtschaften sind dabei große Herausforderungen für eine lebenswerte Mitte von Berlin. Wir als SPD Mitte wollen eine Stadtgesellschaft, in der Wohlstand gerecht verteilt und Wohnraum bezahlbar ist, alle Menschen freien Zugang zu bester Bildung haben und es gute, sichere Arbeit für alle Stadtbewohner*innen gibt. Berlin Mitte soll lebenswert, gemeinwohlorientiert, klimagerecht, wirtschaftsstark, geschichtsbewusst, autoarm und kultureich sein. Hierzu wollen wir Großstadt ganzheitlich denken und nehmen die stadtentwicklungspolitische Verantwortung an, die sich aus unserer Rolle als zentraler Innenstadtbezirk für die Gesamt- und Hauptstadt ergibt.

In Berlin Mitte kommen die unterschiedlichsten Menschen zusammen. Wir sind überzeugt, dass diese **Vielfalt** unseren Bezirk bereichert und wollen sie stärken. Wir wollen, dass alle Menschen im Stadtbild sichtbar werden und

sich Bürger*innen, die neu zu uns kommen, willkommen fühlen. Wir wollen sie auf ihrem Weg unterstützen und das **gemeinsame Miteinander** fördern.

Wir setzen uns dafür ein, dass jeder und jede in Mitte die **Chance** erhält, an der Gesellschaft teilzuhaben und etwas beitragen zu können. Unterstützung muss hierbei unbürokratisch und transparent erfolgen. Politische und soziale **Teilhabe** ist unser Anspruch. Diskriminierung jeglicher Form werden wir auch in Zukunft aktiv bekämpfen.

Kinder und Jugendliche sollen in einem Bezirk aufwachsen, der ihnen die bestmöglichen **Entwicklungsmöglichkeiten** bietet. Hierzu müssen sie ihre eigenen Rechte wahrnehmen können. Ihre Interessen sind bei allen politischen Maßnahmen besonders zu berücksichtigen. Wir wollen selbstbewusste junge Menschen, die sich für ihr Umfeld und ihre Gesellschaft einsetzen.

I. Öffentliche Räume für alle Menschen im Bezirk nutzbar machen!

Der öffentliche Raum ist für alle da.

Lebenswerte öffentliche Räume brauchen Angebote zum Aufenthalt und zur Begegnung. Menschen sollen sie sich miteinander aneignen und beleben können. Wir setzen uns für mehr und besser ausgestattete Spielplätze und Angebote für alle Generationen ein. Wir wollen wenig genutzte Kleinflächen zu **Kiez- oder Quartiersplätzen** weiterentwickeln. Wie wollen leerstehende Gewerberäume rund um öffentliche Plätze im Dialog mit Anrainer*innen und Gewerbetreibenden gestalten. Wir unterstützen die Einrichtung und den Erhalt von Kiez- und Wochenmärkten. Parks, Grünflächen und Planschen wollen wir sanieren und dort Orte für Sport, Kultur, Freizeit und zum Grillen schaffen. Wir wollen mehr barrierefreie Rückzugsräume für junge und ältere Menschen sowie Menschen mit Diskriminierungserfahrung.

Die **Qualität** des öffentlichen Raumes prägt wesentlich die Identifikation der Bewohner*innen mit ihrem Stadtquartier und dessen Image im öffentlichen Bewusstsein. Übernutzung, Vermüllung und hohes Verkehrsaufkommen verhindern eine gleichberechtigte Nutzung ebenso wie mangelnde Barrierefreiheit (z.B. Bordsteinkanten über 3 cm), fehlende Beleuchtung, defekte, zugeparkte und befahrene Gehwege und fehlende Sitzbänke. Auch

eine nur empfundene Unsicherheit erschwert die **Teilhabe** am öffentlichen Leben. Besonderen **Schutz** wollen wir insbesondere für Frauen und ältere Menschen, obdachlose Menschen, queere Menschen, Black and People of Colour (BPoC), Menschen mit sichtbarer Religionszugehörigkeit sowie Kinder und Jugendliche. Bezirkliches Personal mit Kontakt zu Bürger*innen sowie Beauftragte privater Dienste müssen in ausreichender Zahl vorhanden und mit Blick auf die Bedürfnisse dieser Gruppen geschult und sensibilisiert werden.

Wir werden die **Gestaltung und den Zustand** zahlreicher Orte in den Kiezen im Dialog mit den Nutzer*innen und Anwohner*innen auf den Prüfstand stellen. Mögliche Maßnahmen umfassen die Pflege der Grün- und Freiflächen, die Ertüchtigung und den Erhalt der Planschen, bauliche Instandsetzungen, die Umsetzung von Beleuchtungs- und Sicherheitskonzepten die Errichtung und Unterhaltung von öffentlichen, kosten- und barrierefreien Toiletten und ausreichend tiersicheren Müllbehältern sowie die Etablierung innovativer Lösungen für die Entsorgung von Sperrmüll und eine sichere Entsorgung von beim Drogenkonsum benutzten Utensilien.

Wir setzen uns gleichermaßen für die Stärkung der **Präventionsarbeit** (aufsuchende Sozialarbeit, Kiezmütter, Runde Tische, Präventionsrat, Angebote für Jugendliche im öffentlichen Raum etc.) wie auch für eine bessere Polizeipräsenz ein. Der niedrigschwellige auf Prävention ausgerichtete Dialog mit Kontaktbereichsbeamt*innen und Ordnungsamtsmitarbeitenden steht auch hierbei klar im Vordergrund. Bei

den Behörden wollen wir auf kommunaler Ebene eine*n einheitliche*n Ansprechpartner*in dafür schaffen, sowie Ordnungsamt und Bußgeldstellen personell aufstocken. Wir wollen für Maßnahmen der kiezorientierten Gewalt- und Kriminalitätsprävention den Präventionsrat Mitte ausbauen und verstetigen. Nicht zuletzt wollen wir das **Bewusstsein** und bürgerschaftliche Engagement der Anwohner*innen zur Förderung eines sauberen Wohnumfeldes stärken, indem z. B. Möglichkeiten zur besseren Vernetzung im Bezirk geschaffen werden.

Grünflächen kommt im öffentlichen Raum eine besondere Rolle zu. Dies hat nicht zuletzt die verstärkte Nutzung in Zeiten der Corona-Pandemie verdeutlicht. Wir wollen daher in Berlin Mitte die **Pflanzung von Straßenbäumen und die Bepflanzung von inklusiven Grünanlagen** sowie ihre Pflege massiv stärken. Wir wollen Anwohner*innen an der Grüngestaltung ihrer Straße beteiligen und ihr Engagement bei der Bewässerung der Bäume durch die Ertüchtigung der Straßenpumpen sowie einen Zugang zu Hydranten erleichtern. Dem Klimawandel angepasst wollen wir ein Bepflanzungskonzept mit viel Verschattung und Verdunstungsleistung für den öffentlichen Raum. Mitte soll Schwammstadt werden, was bedeutet, die Einleitung von Regenwasser in die Kanalisation zu minimieren, mehr Flächen zu ent- als zu versiegeln, begrünte Fassaden und Dächer als Retentionsflächen zu nutzen und Starkregen teilweise in Zisternen aufzufangen. Wir unterstützen das **Flussbad-Projekt**, mit dem im Spreekanal zwischen Fischerinsel und Museumsinsel ein Ort für Erholung und Bewegung geschaffen werden soll. Wir wollen die Umsetzung eines

freizugänglichen Spreeuferweges von der Schillingbrücke bis zum Märkischen Ufer.

Sport fördern wir als sinnstiftende Freizeitgestaltung, Gesundheitsvorsorge und Förderung des Miteinanders im Bezirk. Dazu möchten wir für alle freizugängliche Angebote im Freien ausbauen wie Trimm-Dich-Pfade oder den Skatepark im Poststadion. Um allen Bürger*innen Sport im Freien zu ermöglichen, werden wir bei der Gestaltung von Grün- und Freiflächen auch weiterhin Sportanlagen berücksichtigen. Über 60.000 Bürger*innen in Mitte treiben Vereinssport in den vielfältigsten Arten. Sport im Verein ist auch gesellschaftliches Engagement im Kleinen. Wir möchten den Vereinssport weiter fördern und Interessenkonflikte z. B. bei der Vergabe von Sportstätten durch einen engen Dialog frühzeitig vermeiden. Insbesondere setzen wir uns für den Ausbau und die Stärkung inklusiver Sportangebote im Bezirk ein.

Handel, Gewerbe und Dienstleistungen, vor allem auch solche mit Beratungsfunktionen, **und öffentliche Einrichtungen sowie Nahversorgung** wollen wir besser in die Kieze integrieren, insbesondere in den Erdgeschoss. Denn diese bilden die Schnittstelle zum öffentlichen Raum, befördern den sozialen Austausch und die Mischnutzung wird im Stadtbild verankert. Dafür streben wir im Rahmen der Wirtschaftsförderung eine strategische Ansiedlung von Gewerbe an. In Bebauungskonzepten verzichten wir dort auf abgeschlossene private Räume. Dächer wollen wir – wo das möglich und sinnvoll ist – für die öffentliche oder gemeinschaftliche Nutzung öffnen.

Mit den von der SPD angestoßenen Leitlinien zur Bürger*innenbeteiligung hat der Bezirk Mitte eine Vorreiterrolle für eine lebendige Beteiligungskultur eingenommen. **Entscheidungsprozesse** für die Gestaltung des öffentlichen Raums, von Quartieren, Neubauten und Freiräumen wollen wir künftig noch partizipativer und unter stärkerer, direkter Einbeziehung der Bürger*innen aller Altersgruppen und mit diversen Hintergründen gestalten. Dabei wollen wir in Zukunft auch zufällig ausgeloste Menschen beteiligen.

Verkehrsräume neu verteilen und klimagerechte Mobilität für alle ermöglichen!

Der Automobilverkehr nimmt in unserem Bezirk übermäßig viel Fläche in Anspruch. Wir streben mindestens eine **Halbierung des innerstädtischen motorisierten Individualverkehrs spätestens bis 2030** an. Dies wollen wir durch eine gezielte Stärkung des aus Öffentlichem Personennahverkehr (ÖPNV) sowie Rad- und Fußverkehr bestehenden **Umweltverbunds**, der integrierten Nutzung von Sharing-Angeboten und eine sichtbare Umverteilung der Flächen erreichen. Um Mobilität für alle Menschen zu ermöglichen, wollen wir barrierefreie und sichere Verkehrsräume in einem guten baulichen Zustand. Auch die strukturelle Sicherung des Fußverkehrs zum Beispiel auch fußgängerfreundliche Ampelschaltungen und die konsequente Beseitigung von Gefahren und Hindernissen für Fußgehende, Ältere und Menschen mit Behinderungen, ist uns wichtig.

Wir wollen den **Durchgangsverkehr reduzieren**, insbesondere in Wohngebieten. Dazu wollen wir in Abstimmung mit den Außenbezirken und

dem Land Berlin dafür sorgen, dass weniger Autos in die Stadt kommen. Bestehende Verkehrsströme sollen frühzeitig auf den Umweltverbund verlagert oder besser verteilt werden. Einen Weiterbau der Stadtautobahn A100 über den 16. Bauabschnitt hinaus lehnen wir ab, da er mittelbar zu noch mehr Automobilverkehr im Bezirk führen würde.

Die **Gehwege sind Aufenthaltsräume**, sie dienen zuvorderst dem **Fußverkehr**. Wir wollen sie von weiteren verkehrlichen Nutzungen freihalten. Auch durch die Umverteilung des Verkehrsraums wollen wir Konflikte auflösen. Wir wollen sichere Straßenquerungen einrichten und geregelte Abstellmöglichkeiten für E-Scooter und Fahrräder an allen wichtigen Verkehrsknoten schaffen oder ausbauen. Sharing-Anbieter werden an den Kosten obligatorisch beteiligt.

Wir wollen mehr **attraktive, sichere und vernetzte Radwege** im ganzen Bezirk schaffen und erhalten. Den Neubau und die ausstehende Sanierung von Radwegen wollen wir erheblich beschleunigen.

Wir wollen wirksame **Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und -reduktion** in den Kiezen ergreifen. Hierzu zählen für uns die wirksame Durchsetzung von Geschwindigkeitsbegrenzungen, die Einführung einer sozialverträglichen Parkraumbewirtschaftung im ganzen Bezirk, die Einführung einer generellen Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h, sowie die Ausweisung von Fußgängerzonen und Spielstraßen. Wir wollen die Verkehrsflüsse in den Wohngebieten besser regeln, durch die Schließung einzelner Straßenabschnitte oder die Einrichtung städtischer Quartiere ohne

Kfz-Durchgangsverkehr (sog. Kiezblocks). Hier dienen die Verkehrsflächen primär dem Fuß- und Radverkehr sowie Taxis, Sharing-Dienste und ÖPNV, nur Bewohner*innen und Anlieger*innen dürfen innerhalb eines Blocks mit dem privaten Auto fahren. Die frei werdenden Flächen werden zu Grünflächen, Radwegen, Fußverkehrs- und Spielzonen umgestaltet und mit Stadtmobiliar zur Steigerung der Aufenthaltsqualität versehen. Wir wollen zudem die Gebühren für öffentliche Parkplätze unter Berücksichtigung der Belange der Anwohner*innen anpassen und gleichzeitig Parkplätze für (kommunale) Sharing-Angebote und Radabstellanlagen reservieren. Zudem setzen wir uns dafür ein, sämtliche öffentliche Parkplätze in Mitte zentral zu erfassen und ihre Zahl kontinuierlich zu reduzieren. Wir werden uns beim Land für die Ausstattung mit Ladesäuleninfrastruktur, einen verstärkten, barrierefreien Ausbau des ÖPNV-Netzes und bessere Verkehrsangebote (stringente Taktverdichtung, bessere Anbindung ganzer Kieze) einsetzen.

Berlin Mitte: geschichtsbewusst und dekolonial!

Der öffentliche Raum in Mitte ist prägend für die **Berliner Erinnerungskultur**. In unserem Bezirk wird an vielen Orten der Opfer der NS-Diktatur und der deutschen Teilung gedacht. Wir wollen die Erinnerungskultur ergänzen um die kritische Auseinandersetzung und Aufarbeitung mit der **deutschen Kolonialvergangenheit**. Wir wollen die Erinnerungskultur verbreitern um positives Gedenken, zum Beispiel an die demokratische Revolution von 1848, an die freiheitsliebende Weimarer Republik und insbesondere an historisch wirksame Frauen.

Die geschichtsbewusste Umbenennung öffentlich zugänglicher Räume, Straßen und Institutionen mit kolonialrassistischen Namen sowie eine lokale zusätzliche historische Einordnung mithilfe lokaler Erinnerungstafeln werden wir konsequent zu Ende führen und darüber hinaus zusammen mit der Zivilgesellschaft einen neuen gesellschaftlichen Dialog über das koloniale Erbe Deutschlands führen. Wir verfolgen dabei auch eine entsprechende Quartiersentwicklung sowie die Einrichtung von Lern- und Erinnerungsorten und Denkmälern. Umbenennungsprozesse wollen wir anwohner*innenfreundlich gestalten, z. B. mit mobilen Einheiten des Einwohnermeldeamtes zur Adressänderung sowie der Einrichtung eines Fonds beim Bezirksamt mit dem Zweck anfallende Kosten für die Anwohner*innen zu übernehmen und ein Umbenennungsfest zu finanzieren.

Zur Stärkung der kommunalen Identifikation und der Verbundenheit wollen wir Erinnerungsorte zur Geschichte unseres Bezirkes in Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren schaffen, z. B. zum „Roten Wedding“ und zum Blutmai 1929.

Offener Zugang zu bezirklichen Kulturangeboten

Kunst und Kultur sind für uns unverzichtbar, wir werden die Ressourcen für Kunst im öffentlichen Raum und Kunst am Bau erhalten. Dabei wollen wir die Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen an der Gestaltung verbessern! Des Weiteren braucht es Räume für Kunst- und Kulturschaffende sowie Ausstellungsflächen, dafür werden wir das

Atelierprogramm aufrechterhalten und bestehende kulturelle Orte sichern. Dabei orientieren wir uns an einem offenen Kulturbegriff, sehen bspw. die Clubs als Bestandteil der Kulturarbeit und wollen sie beim Zugang zu Landes- und Bundesprogrammen unterstützen. Clubs im Sinne von Live-Musikspielstätten wollen wir vor Verdrängung aus der Innenstadt schützen. Im Bezirksamt werden wir mit dem Beauftragten für Kulturstätten eine*ⁿ Ansprechpartner*in für die Clubs, OpenAir-Veranstalter*innen und die Berliner Clubcommission benennen. Eine lebendige vielfältige Kiezkultur braucht Kinos, Theater, Clubs und Galerien in der Nachbarschaft. Räume für Kunst und Kultur, die durch Gentrifizierung und Pandemie gefährdet sind, wollen wir erhalten und verteidigen. Wir entwickeln kommunale Galerien als nachbarschaftliche Orte im Bezirk weiter und bauen diese aus, weil sie ein wohnortnahes Kunst- und Bildungsangebot bieten und gleichzeitig ein Raumangebot für Künstlerinnen und Künstler im Bezirk sind. Darüber hinaus entwickeln wir gemeinsam mit Künstlerinnen und Künstler und den Nachbarschaften Konzepte, um Kunst und Kultur stärker in den öffentlichen Räumen erlebbar zu machen. Wir wollen allen Kindern und Jugendlichen einen Platz an der kommunalen Jugendmusikschule Fanny Hensel- und der Jugendkunstschule Mitte ermöglichen.



Projekte im Kiez

- Die Neugestaltung kleinräumig vorhandener, aber ungenutzter oder wenig genutzter Flächen zu kleinen **Kiez- oder Quartiersplätzen:**

- ☒ Wir wollen das **Engelbecken** in Zusammenarbeit mit den Akteur*innen vor Ort wieder herrichten, damit es auch künftig seine Funktionen als Erholungsort und Kiezmittelpunkt erfüllen kann.
- ☒ Das Bürgerbeteiligungsverfahren zur Neugestaltung des **Magdeburger Platzes** wird endlich realisiert und die Vorschläge evaluiert und umgesetzt.
- ☒ Wir unterstützen die Aktivitäten des **Bürgervereins Hansaviertel** zur Etablierung des Kiezes als Weltkulturerbe und setzen uns für eine Erhöhung der Aufenthaltsqualität am Hansaplatz ein.
- ☒ Wir unterstützen die Aktivitäten zur Anerkennung des **Hansaviertel** und der **Karl-Marx-Allee** als Weltkulturerbe.
- ☒ Wir wollen das **Rathausforum** anhand der erarbeiteten Bürgerleitlinien weiterentwickeln und zu einem historischen und lebenswerten Ort in der Stadtmitte etablieren.
- ☒ Der zukünftige **Manga-Bell-Platz** soll in einem partizipativen Prozess mit den Anwohner*innen zu einem Kiezplatz weiterentwickelt werden.
- ☒ Der **Nettelbeckplatz** soll in einem partizipativen Prozess mit Anwohner*innen und Anrainer*innen zu einem richtigen Kiezplatz weiterentwickelt bzw. aufgewertet werden, der den Interessen der unterschiedlichen Nutzer*innengruppen entspricht. Dazu gehört

auch die Errichtung der im Toilettenplan des Senats vorgesehenen öffentlichen Toilette.

- ☒ Wir setzen uns für ein **Quartierskonzept an der Karl-Marx-Allee** ein, das die Entwicklungen rund um das Haus der Statistik sowie das lesbische Wohnprojekt RuT einschließt.

- Wir wollen eine zügige Fortsetzung der Planung und Umsetzung des Baus der neuen **Mittelpunktbibliothek in der Turmstraße 22** gemeinsam mit der Staatsanwaltschaft Berlin. Sie soll Ersatz sein für die Bruno-Lösche-Bibliothek, die mittelfristig geschlossen werden muss. Dieser Neubau ist elementar für das soziale und kulturelle Angebot in diesem Bereich Moabits und wird unser kulturelles Leuchtturmprojekt für Berlin-Mitte werden.

- Anlässlich des **CSD 2022** werden wir auf dem Alexanderplatz, dem Leopoldplatz und an der Turmstraße Regenbogenstreifen anbringen. Berlin ist Regenbogenhauptstadt und Mitte setzt sichtbare Zeichen für Toleranz und Vielfalt.

- Wir schaffen **Spielplätze und Freizeitangebote** für alle Generationen sowie **Grillflächen** in unseren Volksparks **Humboldthain und Rehberge sowie im Großen Tiergarten**.

- Parks wie z.B. der **Weinbergspark** müssen so genutzt werden dürfen, dass ein Ausgleich der Interessen von Anwohner*innen, Touristen, Anrainer*innen und Gewerbetreibenden Berücksichtigung findet. Es sollte beispielsweise genauso möglich sein, am Park Straßenfeste

durchzuführen, bei gleichzeitiger Berücksichtigung des Bedürfnisses der Anwohner*innen nach erholsamem Schlaf sowie zeitgleichen Nutzung des Parks als Naherholungsgebiet. Wir befürworten der Erhalt eines offenen Parks für alle und die Installation von Sprinkleranlagen auf den Grünflächen.

- Die Sanierung der **Plansche** in der Singerstraße im Ensemble der KMA II aus Fördermitteln des Programms "Städtebaulicher Denkmalschutz" treiben wir voran, damit sie den Nachbar*innen spätestens zum Frühjahr/Sommer 2022 als Freizeit- und Erholungsort zur Verfügung steht.
- Ein jährliches **Sportfest Mitte** soll den Bürger*innen die Vielzahl und die Vielfalt der Sportvereine unseres Bezirks vor Augen führen und mehr Menschen für eine Mitgliedschaft und ein Engagement im Verein interessieren.
- Um **Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum** zu lösen, werden wir die Erfahrungen insbesondere hinsichtlich der Beteiligung von Anwohnenden und Betroffenen vom Leopold- und Alexanderplatz auf andere Orte wie den **Hansaplatz, den Kleinen Tiergarten** und den **Rosenthaler Platz** übertragen.
- Um Nutzungskonflikte in Parkanlagen zu entschärfen und Besitzer*innen von Hunden gute Angebote machen zu können, wollen wir uns dafür einsetzen, dass in unserem Bezirk mehr **Hundenauslaufzonen**, z.B. auf Brachflächen, geschaffen werden.

- Wir setzen uns konsequent **für saubere Gehwege, Plätze, Parks und Spielplätze** ein: Die Angebote der BSR werden ausgebaut und bekannter gemacht. Mindestens einmal pro Quartal soll es in jedem Kiez einen **Sperrmüllsammeltag** geben sowie zusätzlich für jeden Haushalt einmal im Jahr eine kostenlose **Sperrmüllabholung** nach Voranmeldung. Illegale Altkleidercontainer werden konsequent geahndet und wir setzen uns stattdessen für die Errichtung von ausreichenden legalen Containern ein.
- Um **Übermüllung und Streumüll** in unseren Grünanlagen entgegenzuwirken, setzen wir uns dafür ein, dass **solarbetriebene Müllpressen** verstärkter eingesetzt werden. Gerade an heißen Sommertagen können so die negativen Folgen einer Übermüllung verhindert werden. Insbesondere am Moabiter Spreeufer sollen Solarmüllpressen installiert werden.
- Durch **Verkehrslenkung und -begrenzung** sowie den Umbau von Straßen und Plätzen wollen wir eine Verkehrsberuhigung und eine Umverteilung der Flächen zugunsten von ÖPNV, Fuß- und Radverkehr sowie für mehr Grün in den Kiezen erreichen. Beispiele sind der Umbau der Lübecker Straße, die Entwicklung des Nahverkehrsraum Bremer Straße und der Umbau der Swinemünder Straße sowie die Schließung der Straße am Dohnagestell.
- Das Scheunenviertel, der Sprengelkiez und die Badstraße sollen in Pilotprojekten zu **Kiezblöcken** weiterentwickelt werden.

- **Kleine Wochenmärkte** können einen wichtigen Beitrag zur Nahversorgung und Aufwertung von Kiezen leisten. Wir setzen uns für den strukturellen Ausbau der Wochenmärkte ein, vor allem in Quartieren des Programms Berliner Quatiersmanagement, in denen der Bedarf bereits adressiert ist, wie zum Beispiel im QM Brunnenviertel in der Fußgängerzone Swinemünder Straße.
- Die Initiative zur fahrrad- und fußverkehrsfreundlichen Umgestaltung am **Lützowplatz** treiben wir voran und setzen uns dort für eine grundlegende Umgestaltung des Verkehrsraums ein. Die Grünfläche wollen wir einbeziehen und im Dialog mit Anwohner*innen und Gewerbetreibenden zu einem attraktiven Aufenthaltsort weiterentwickeln.
- Um die Entwicklung der **Berliner Mitte** zu fördern, setzen wir uns für einen Leipziger Park auf der nördlichen Leipziger Straße, einen Neustart bei der stark verkehrsbelasteten Leipziger Straße und bei Projekten wie dem Neubau der Mühlendammbücke für eine harte Reduktion des Autoverkehrs ein.
- Die Verkehrsberuhigung und der Bau von **geschützten Radwegen** zum Beispiel in der Invalidenstraße werden weitergeführt unter der Berücksichtigung der Belange der Gewerbetreibenden, z.B. durch die Einrichtung von alltagstauglichen Anlieferungsmöglichkeiten.
- Einmal im Monat wollen wir in den Kiezen einen **autofreien Sonntag** ermöglichen, damit die Anwohner*innen die frei werdenden Flächen für gemeinsame, öffentliche Veranstaltungen nutzen können.

- Wir brauchen in Ergänzung zum stadtweiten Radwegenetz einen **bezirklichen Radwegeplan**. Denn nicht nur Radwege an Hauptstraßen werden gebraucht, sondern auch Wege durch Nebenstraßen und solche für entspanntes Radeln. Projekte wie den Radweg an der Müllerstraße oder auf der Straße Alt-Moabit setzen wir endlich um, ebenso wie die Sanierung des Spreeuferwegs vom Regierungsviertel bis nach Charlottenburg.
- Wir wollen autoarme und fußgänger*innenfreundliche Kieze – besonders rund um den **Gendarmenmarkt** und im **Antonkiez**. Unser Ziel ist eine Fußverkehrszone auf der Friedrichstraße und eine Verkehrsberuhigung im Antonkiez, dafür streben wir jeweils ein partizipatives Verfahren mit Anwohnenden, Handel und Gewerbe bzw. deren Umsetzung an.
- Wir wollen am **Molkenmarkt** ein Quartier der Zukunft bauen. Gemeinwohlorientiert, nachhaltig, autoarm und mit einer hohen architektonischen Qualität.
- Die Umbenennung der M*Straße in die **Anton-Wilhelm-Amo Straße** wollen wir vorantreiben und auch hier die Zivilgesellschaft einbeziehen. Zur Begleitung der Umbenennung soll umgehend die M*Straße, der nach ihr benannte U-Bahnhof und die kreuzende Wilhelmstraße zu einem Lern- und Erinnerungsort über den deutschen Kolonialismus entwickelt und ein Umbenennungsfest finanziert werden. Dabei sind in einem partizipativen Prozess die Anrainer*innen, Initiativen und Verbände einzubeziehen.

- Um den **Blutmai 1929** nicht zu vergessen und über die damaligen Unruhen im Wedding genauer zu informieren werden wir uns für die Entstehung eines Lernpfades in der Kösliner Straße einsetzen.
- Plätze wie der „Pekinger Platz“ im Weddinger Sprengelkiez sollen **Lern- und Erinnerungsorte** werden. Schautafeln sollen die historischen Hintergründe der Namensgebung des Ortes und seiner umliegenden Straßen verständlich erklären. Auch an andere historische Ereignisse, wie beispielsweise die Gründung von Hertha BSC am Arkonaplatz soll so erinnert werden.
- **Erinnerungsprojekt** **Nördliche** **Chausseestraße:**
Zeitzeug*innenerinnerungen vom Alltagserleben der Menschen aus der Zeit vor dem Mauerbau und während der Zeiten der Mauer dokumentieren und an Ort und Stelle nachvollziehbar erinnern. Als Beitrag zum gesellschaftlichen Miteinander in diesem sich gerade erst herausbildenden neuen Kiez.
- Wir treiben den Bau einer **Brückenverbindung** über den Landwehrkanal im Bereich Tilla-Durieux-Park / Park am Gleisdreieck / Park am Karlsbad voran, um den Fahrrad- und Fussverkehr zwischen Schöneberg / Tiergarten-Süd und dem Potsdamer Platz sicher und fließend zu gestalten.
- Wir wollen den **Checkpoint Charlie** zum geschichtsbewussten gemeinwohlorientierten Stadtplatz der bis dahin autofreien Friedrichstraße ausbauen. Wir wollen die historischen Achsen im Stadtbild deutlich machen (Tränenpalast, Checkpoint Charlie)

II. Unsere Kieze sind Orte für gute Arbeit, Wohnen und gute Bildung

Wohnen darf kein Luxus, Wohnen muss bezahlbar sein!

Berlin Mitte ist ein Zukunftsort und Anziehungspunkt für viele Menschen verschiedener sozialer und kultureller Hintergründe. **Bezahlbarer, gerecht verteilter Wohnraum** ist eine der wichtigsten sozialen Fragen der Zeit. Die SPD Mitte unterstützt zur Lösung der Mietenkrise den Dreiklang aus Bauen, Kaufen und Deckeln. Wir fordern eine aktive und nachhaltige Wohnungs-, Bau- und Mietenpolitik. Gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum durch Ferienwohnungsnutzung oder Leerstand muss deutlich konsequenter als in der Vergangenheit vorgegangen werden. Das Zweckentfremdungsverbotsgesetz und das Wohnungsaufsichtsgesetz muss ausgebaut, durchgesetzt und kontrolliert werden – auch über die Beschlagnahme von Wohnraum und das Einsetzen eines*r Treuhänder*in. Hinweise von Mieter*innen über Leerstand und Zweckentfremdungen in Millieuschutzgebieten müssen vom zuständigen Bezirksamt zügig und konsequent angegangen werden. Hierfür braucht es eine Kontaktstelle beim zuständigen Fachbereich.

Die SPD Mitte setzt sich dafür ein, soziale Erhaltungssatzungen (Milieuschutz) – wo immer rechtlich möglich – zu erlassen. Wir brauchen mehr **Milieuschutzgebiete**, um konkret die Instrumente des Mieter*innenschutzes anzuwenden. Der Bezirk soll sich darüber hinaus für grundlegende Verbesserungen einsetzen, um das Instrument des staatlichen Vorkaufsrechts in Milieuschutzgebieten auf eine stabilere Basis zu stellen. Denn das Vorkaufsrecht muss strategisch so ausgeübt werden, wo immer sich die Gelegenheit bietet, um insbesondere den Bestand landeseigener Wohnungen im Bezirk zu vergrößern. Darüber hinaus werden wir zielgerichtet gemeinwohlorientierte Unternehmen wie z.B. Genossenschaften in den Prozess einbinden und unterstützen. Wir setzen uns auch dafür ein, dass die kostenfreie und niedrigschwellige Mietrechtsberatung im Bezirk ausgebaut wird und Mieter*innen besser über das Angebot z.B. auch in Familienzentren, Bibliotheken und Vereinen informiert werden. Die SPD Mitte setzt sich ferner auch für Gentrifizierungsschutz für Wohnen und Gewerbe in Nicht-Milieuschutzgebieten ein.

Beim dringend benötigten **Wohnungsneubau** sollen alle planerischen und rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um möglichst dauerhaft mietpreis- und belegungsgebundenen sowie weiteren bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Dabei legen wir einen neuen Fokus auf das mittlere Mietpreissegment. Daseinsfürsorge muss für neue Quartiere von Anfang an mitgedacht werden, zudem sind die unterschiedlichsten Wohnformen wie z. B. Wohnraum für Single-Haushalte, Studierendenappartments,

Wohnraum für Auszubildende und für Familien, barrierefreier Wohnraum, senior*innengerechter Wohnraum, Trägerwohnungen, therapeutische Wohngemeinschaften u. a. zu berücksichtigen. Um den Bedarf an bezahlbaren Wohnraum auch in Innenstadtlagen zu realisieren ist neben dem Neubau von Wohngebäuden eine **Nachverdichtung** der bestehenden Bebauung insbesondere über den Ausbau von Dachgeschossen, den Überbau von bisher lediglich eingeschossig bebauten Gewerbeflächen und die Aufstockung bestehender Wohngebäude bis zur zulässigen Traufhöhe zu realisieren. Hierbei ist die bestehende Wohnqualität mindestens zu erhalten. In städtebaulich ausgewiesen festgelegten Gebieten ist die Traufhöhe auch zu erhöhen und – sofern dies im Einzelfall sinnvoll ist – der Bau von Wohnhochhäusern voranzutreiben.

Für das Gelingen einer neuen **Wohnungsbauoffensive** und die dafür notwendige Daseinsvorsorge ist die Dauer von Planungsverfahren deutlich zu senken. Wir streben an, dass Sanierungen und Neubau deutlich beschleunigt werden, und wollen die Hochbauämter und Planungsbereiche personell stärken. Die Bauplanung muss konsequent an dem Ziel ausgerichtet werden, Wohnraum für niedrige und mittlere Einkommen und auch für Studierende und Azubis zu schaffen. Dabei ist bei privaten Vorhaben **genossenschaftlichen oder anderen gemeinnützigen Bauvorhaben** nach Möglichkeit stets Vorrang vor kommerziellen Projekten einzuräumen. Bei der Planung von neuem Wohnraum müssen alle Elemente der öffentlichen Infrastruktur wie Kitas, Schulen, Jugend- und Familienzentren, Bibliotheken und Kultureinrichtungen, Grünflächen und

Parks berücksichtigt werden. Bei der Aufstellung von neuen Bebauungsplänen sind Gewerbeflächen mit zu berücksichtigen, um Flächen für Kleinbetriebe, Kultur und Wissenschaft zu schaffen.

Wirksamer Klimaschutz findet vor Ort statt

Berlin hat sich ambitionierte Klimaschutzziele gesetzt: Bis 2050 soll die Stadt **klimaneutral** sein! Konsequentes Handeln ist notwendig, um die Klimakrise in den Griff zu bekommen. Der Bezirk hat hierfür bereits den **Klimanotstand** ausgerufen – für uns ist dies keine leere Worthülse, sondern ein Auftrag zu konsequentem Handeln. Wir stehen zum Pariser Abkommen und wollen auch in Berlin Mitte dafür sorgen, dass jetzt schnellstmöglich entsprechende Maßnahmen ergriffen werden.

Als SPD Mitte wollen wir in den kommenden Jahren den Bezirk zum **Klimaschutzvorreiter** machen und Best-Practice-Modelle für die Stadt Berlin umsetzen. Klimaschutz betrifft dabei auch viele zentrale Bereiche landespolitischen Handelns: Bauen und Wohnen, Bildung, Wirtschaftsförderung und Beschäftigung, Innovation und Technologie und, nicht zuletzt, die Berliner Verwaltung. Klimaschutzpolitik ist folglich eine **Querschnittsaufgabe**, von der wir uns in unseren politischen Vorhaben leiten lassen.

Die zukünftige Energieversorgung Berlins soll vorrangig auf erneuerbaren Energien und dezentralen Erzeugungsanlagen basieren und noch stärker verbrauchsnahe organisiert werden. Ein wichtiges Ziel ist dabei die stärkere

Nutzung von erneuerbaren Energien für die Wärmeversorgung von **Gebäuden**, die für ca. 50 % der CO₂-Emissionen des Landes verantwortlich sind. In diesem Zusammenhang wollen wir die Sanierung der öffentlichen Gebäude im Bezirk Mitte vorantreiben. Hierfür sollen Sanierungsfahrpläne erstellt werden, mit denen die Gebäudesubstanz der Bezirksverwaltungen systematisch erfasst und die erforderlichen energetischen Sanierungsschritte in eine geeignete Reihenfolge gebracht werden. Wir setzen uns für die Festlegung einer Zubaurate für Photovoltaikanlagen auf Dächern und an Gebäudefassaden ein. Alle Flächen von öffentlichen Liegenschaften sind bis 2025 auf ihre Eignung für eine PV-Anlage zu prüfen. Wir setzen uns das Ziel, davon mindestens 25 Prozent zu realisieren.

Einen Fokus wollen wir in Berlin Mitte auf **Klimaanpassungsmaßnahmen** legen. Unser Bezirk ist ein urbanes Ballungsgebiet, in dem die Auswirkungen der Klimakrise besonders spürbar werden. Wir wollen auf die Zunahme von Extremwetterereignissen, wie z. B. heiße und trockene Sommer, wirksam reagieren. Dafür werden wir die vielfältigen Möglichkeiten zur Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen nutzen, um die **Lebensqualität** in unserem Bezirk und darüber hinaus nachhaltig zu sichern. Dabei setzen wir auch auf Fassadenbepflanzungen und Dachbegrünung. Neben der Auflage von Pilotprojekten zur Klimaschutz-Ertüchtigung wird ein Umsetzungskataster zur Ausstattung mit Anlagen zur Energiegewinnung und Maßnahmen zur Energieeinsparung auf den Weg gebracht. Die vom Bezirksamt Mitte eingesetzte **Klimaschutzbeauftragte** soll über bestehende

Bundes- und Landes-Förderprogramme für Privatpersonen, Unternehmen und öffentliche Institutionen beraten können.

Wir erkennen den wichtigen Beitrag an, den Kleingärten für die Klimabilanz und die Artenvielfalt erbringen, und befürworten eine weitere Öffnung der Nutzung, etwa durch Kitas, Schulen und öffentliche Gemeinschaftsgärten. Des Weiteren wollen wir Schulungen zur ökologischen Bewirtschaftung von Kleingärten ausbauen und den Mehrwert der Flächen für die Stadtnatur steigern.

Mehr Raum für Bildung schaffen!

Der zunehmende Druck auf die verfügbaren Flächen verschärft Zielkonflikte. Gleichzeitig steuern wir in Berlin Mitte auf einen erheblichen Mangel an Schul- und Kitaplätzen zu. Obwohl das Angebot an **Schul- und Kitaplätzen** deutlich erhöht worden ist, wächst der Bedarf weiter. Um dieses Problem zu lösen, sind vielfältige kreative Ansätze notwendig. Dazu gehört unter anderem die Sanierung, der Neubau und wo dies möglich ist die Vergrößerung bestehender Schulen. Soweit keine Leerflächen in der Umgebung einer bestehenden Schule verfügbar sind, sollen auch (Teile von) Grünflächen, Gewerbeeinheiten und kulturell genutzte Flächen in die Planung einbezogen werden.

Für uns als SPD ist klar, dass bei der Vergabe von bezirklichen Flächen zunächst geprüft werden muss, ob sie für einen Schul- oder Kita-Standort in Frage kommen. Dem Schul- und Kitabau ist dabei Priorität einzuräumen und

gegebenenfalls entstehende Verluste an Grünflächen müssen an anderen Stelle ausgeglichen werden. Modulare Ergänzungsbauten auf Flächen von Schulhöfen sollen die Ausnahme bleiben und auf besonders dringliche Fälle beschränkt bleiben. Flächen für den Schul- und Kitabau, die dem Bund oder privaten Eigentümer*innen gehören, sind gezielt anzukaufen, sofern dies möglich ist. Dabei wollen wir insbesondere den Ausbau von Kitas in **bezirklicher Trägerschaft** vorantreiben.

Gebäude müssen auch architektonisch neu gedacht (z. B. gestapelte Turnhallen, Dachausbau) und auch Doppelnutzungen (beispielsweise Schule und Kita bzw. Kita und Jugendfreizeiteinrichtung) ermöglicht werden. Auch eine Abweichung der Traufhöhe soll geprüft werden, um die Schulkapazität zu erhöhen. Das Raumangebot ist an vielen Schulen und Kindergärten derzeit nicht ausreichend, um eine angemessene individuelle Förderung zu gewährleisten. So sollten ein Selbstlernzentrum, Differenzierungs- sowie Erholungs- und Ruheräume zu jeder Schule gehören. Barrierefreiheit ist bei Sanierungen und Neubauten eine Selbstverständlichkeit. Offen und zusammen lernt es sich am besten: Campuskonzept und Gemeinschaftsschulen sind unser Ziel und sollten die Regel sein. Daher stehen wir für Verbundoberstufen, Gemeinschaftsschulen und Bildungsverbünde aus Schule, Kita und Freizeiteinrichtungen (u.Ä.). Jede Schule muss zum Abitur führen! Mit der Campuslösung stellen wir in Kooperation mit Vereinen und freien Trägern zudem Freizeitangebote für Schüler*innen bereit. Wir setzen uns für einen **schnellen Ausbau digitaler Infrastruktur** ein und fordern mehr IT-Personal im Bezirk und in bezirklichen

Einrichtungen. Wir starten eine Digitalisierungsoffensive und schließen die Schulen in Mitte an schnelles Internet an. Eine Taskforce Digitalisierung koordiniert ein schnelles und systematisches Vorgehen unter Einbeziehung der beteiligten Akteur*innen und die Verzahnung mit den anstehenden Sanierungsmaßnahmen. Überall dort, wo Sanierungen zeitnah umgesetzt werden, sollen der WLAN-Ausbau und die Sanierungen gemeinsam umgesetzt werden. Überall dort wo Sanierungen lange dauern, werden Übergangslösungen eingeführt, die die digitale Arbeit ermöglichen. Wir setzen wir uns neben einem qualitativ hochwertigen Mittagessen auch für ein gesundes und kostenfreies Schulfrühstück für alle Schüler*innen ein. Wir wollen, dass die Berliner Schulreinigung verbessert wird, so dass ein hoher Reinigungsstandard mit gut bezahlter Arbeit und ausreichendem Reinigungspersonal an allen Schulen gewährleistet werden kann. Die schrittweise Einführung eines landeseigenen Unternehmens Berliner Schulreinigung (BeSchuR) ist der richtige Weg dafür.

Gute Bildung für alle

Bildung findet nicht nur in der Schule statt. Daher wollen wir Orte für Jugend-, Familien- und Senior*innenarbeit ausbauen, finanziell stärken und um digitale Angebote erweitern, so dass sie ihren Bildungsauftrag erfüllen können. Bildungsorte müssen, im Sinne eines breiten Bildungsbegriffs, der auch kulturelle Bildung einschließt, flächendeckend und langfristig in unseren Kiezen verankert bleiben. Daher setzen wir uns für einen effektiveren Mietschutz für alle Bildungseinrichtungen und gegen deren Verdrängung ein. Perspektivisch streben wir eine gute Mischung aus

staatlichen und freien Jugend-, Familien- und Senior*innenfreizeitstätten bei einer Verstärkung der Förderung an. Betreuungs- und Lernangebote der außerschulischen Einrichtungen und von Vereinen, Initiativen vor Ort sind besser mit Kitas und Schulen im Einzugsgebiet zu koordinieren. Hierfür soll das Bezirksamt Unterstützung leisten. Wir erkennen an, dass struktureller Rassismus in Deutschland existiert und von der Mehrheitsgesellschaft überwunden werden muss. Als SPD Berlin Mitte wollen wir die Elternarbeit und die Aufklärungsarbeit zum Thema Vielfalt in Kitas und Schulen stärken, sowie Workshops zum Thema Diskriminierungsschutz und Anti-Rassismus fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass erfolgreiche Jugenddemokratieprojekte, wie das Projekt Schüler*innenhaushalt, im Bezirk Mitte dauerhaft unterstützt und weiter ausgebaut werden. Zahlreiche Jungen fallen bislang durch das soziale staatliche Netz. Um dem entgegenzuwirken wollen wir spezielle Jugend-Freizeitangebote und Schulhilfe-Einrichtungen auch für Jungen einrichten. Mit diesem Ziel vor Augen sollen Empowerment- und Genderworkshops, die entweder für Jungen oder Mädchen gedacht sind, gefördert werden. Zudem werden wir weitere Freizeitangebote für queere Jugendliche und BPoC Jugendliche schaffen.

Räume für Bildung und Begegnung sind ein knappes Gut in unserem Bezirk der Bedarf an Platz zum Lernen aber riesig. Daher wollen wir die bezirklichen Bibliotheken personell stärken, und die regulären Öffnungszeiten deutlich ausweiten, auch am Wochenende. Grundlage für die Weiterentwicklung ist für uns der Bibliotheksentwicklungsplan.

Wir setzen uns für eine umfangreiche Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit Deutschlands ein. Die **städtischen Bibliotheken** werden dekolonialisiert: Bücher mit Rassismen und Stereotypen werden entfernt oder in einem hierfür erstellten Konzept kontextualisiert aufbewahrt. Die Anzahl von Büchern von People of Colour und Menschen des Globalen Südens wird erhöht. Mittel für Schulungen für Bibliothekar*innen für diesen Bereich werden bereitgestellt. Die Auseinandersetzung mit Dekolonialisierung und rassismuskritischer Bildungsarbeit wird auch in den **bezirklichen Musikschulen** und im regulären Programmangebot der **Volkshochschulen** umgesetzt. Das Angebot der Schwarzen VHS im Bezirk Mitte wird weiter ausgebaut und bekannter gemacht.

Wirtschaft, gute Arbeit und Tourismus

Wir werden die regionale Wirtschaft, die Kleinunternehmen, Handwerksbetriebe und Einzelhandelsgeschäfte durch die Schaffung von Baurecht und Ausweitung von urbanen Gebieten stärken. Wir bauen die Wirtschaftszentren aus und fördern Wissenschaft und Kultureinrichtungen. Die SPD Mitte steht für nachhaltiges, verantwortungsvolles und sozialgerechtes Wirtschaften. Wir wollen eine aktive Wirtschaftsförderung im Bezirksamt, die ihre Funktion als Ansprechfunktion für Selbständige und Betriebe aktiv wahrnimmt. In Analogie zur bezirklichen Stelle zur Wirtschaftsförderung streben wir die Einrichtung einer Stelle beim Bezirk an, die Soloselbständige, Kulturschaffende und Kleingewerbetreibende aus Mitte berät und begleitet bei der Umsetzung behördlicher Anliegen. Wir wollen hier einen Fokus auf Solo-Selbständige, Kleingewerbetreibende und

die Kreativ- sowie Veranstaltungswirtschaft – insbesondere mit migrantischem Hintergrund – legen.

Wichtige Standortfaktoren wie ausreichend Gewerberäume, Büroflächen und Coworking Spaces und ein dichtes kulturelles Angebot machen den Bezirk attraktiv und sollen daher gefördert und unterstützt werden. Wir setzen uns außerdem für den Erhalt und die Entwicklung **kleinteiliger Gewerbestrukturen und Gewerbehöfe** in Mitte ein, um den stationären Handel im Wettbewerb mit dem Online-Handel wettbewerbsfähig zu halten.

Der Tourismus ist einer der wichtigsten Wirtschaftszweige in Berlin-Mitte. Wir setzen uns für ein Tourismuskonzept ein, welches die Interessen und Bedürfnisse von Anwohner*innen und Tourist*innen gleichzeitig im Blick behält, wollen konsequenter und effektiver gegen Zweckentfremdung vorgehen und die Möglichkeiten zur gleichzeitigen und gleichberechtigten Nutzung von öffentlichen Räumen durch Anwohner*innen und Tourist*innen stärken.

Das Bezirksamt – Vorbild für gute Arbeit im Bezirk und darüber hinaus

Um den Generationenwechsel in der Beschäftigtenstruktur zu bewältigen und unsere Beschäftigten langfristig in Mitte zu binden, wollen wir das Bezirksamt Mitte zu einem der modernsten und **attraktivsten Arbeitgeber im öffentlichen Dienst in Berlin** machen.

Wir wollen moderne und schnelle Besetzungsverfahren. Alle Stellen werden dabei grundsätzlich unbefristet und in Vollzeit angeboten. Flexible Arbeitszeitmodelle, ortsflexibles (mobiles) Arbeiten, Führen im Tandem und/oder in Teilzeit bieten die Gewähr, dass Arbeit und Leben zusammenpassen. Junge Eltern sollen die Elternzeit nehmen können, die sie benötigen. Gerade auch junge Väter sollen ermutigt werden, ihre Elternzeit bzw. Brückenteilzeit zu nehmen. Weitere Maßnahmen, wie die Zertifizierung des Bezirksamts als familienfreundlicher Arbeitgeber oder Bedarfe nach Betriebskittas werden wir prüfen.

Stellen werden so besetzt, dass ausscheidende Beschäftigte ausreichend Zeit für Wissenstransfer und Einarbeitung von neuen Beschäftigten haben. Modelle des flexiblen Ausgleitens aus dem Arbeitsleben können dabei unterstützen. Gleichzeitig wollen wir im Bezirksamt die Zahl der **Ausbildungsstellen und Studienplätze im dualen Ausbildungssystem** erhöhen, wobei die zielgerichtete Gewinnung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Einwanderungsgeschichte durch entsprechende Beratungsangebote mehr in den Fokus rücken soll.

Moderne Arbeitsplatzausstattungen sind für uns eine Selbstverständlichkeit. Dazu gehört auch, die Möglichkeiten für **Telearbeit und zum mobilen Arbeiten** und die dafür notwendige IT-Infrastruktur deutlich auszubauen. Eine Dienstvereinbarung zum zeit- und ortsflexiblen Arbeiten ist vom Bezirksamt zusammen mit dem Personalrat zu erarbeiten. Alle Arbeitsplätze müssen alters- und altersgerecht ausgestattet sein. Der Standard des Arbeitsschutzes soll kontinuierlich geprüft und wo sinnvoll auch über

gesetzliche Vorgaben hinaus ausgebaut werden. Wir gehen mit dem Bezirksamt als Arbeitgeber mit gutem Beispiel voran, indem wir grundsätzlich alle Arbeitsplätze barrierearm ausgestalten und für die unterschiedlichsten Unterstützungsbedarfe der Beschäftigten moderne Antworten finden.

Prekäre Beschäftigung insbesondere in Kultureinrichtungen des Bezirks wie VHS, Musikschule sowie Jugend-, außerschulische Bildungs- und Senioreneinrichtungen muss verhindert werden. In Fällen, wo Honorar- und Zeitverträge aus inhaltlichen Gründen notwendig, und von den Beschäftigten gewollt sind, müssen sie sich an der Entlohnung und den Arbeitsbedingungen der festen Beschäftigten orientieren. So werden wir den individuellen und komplexen Arbeitsverhältnissen von Selbstständigen im Kultur- und Bildungsbereich gerecht. Die Beschäftigung von Leiharbeitnehmer*innen in bezirklichen Arbeitsverhältnissen lehnen wir ab.

Für die politisch priorisierten Aufgaben muss ausreichend Personal zu deren Erfüllung eingesetzt werden. Überlastung einzelner Bereiche muss konsequent entgegengewirkt werden.

Wir setzen uns für eine Rekommunalisierung ausgelagerter Leistungen ein, insbesondere mit Blick auf die Reinigung aller öffentlichen Gebäude sowie Pförtner- und Sicherheitspersonal.

Die Barrierefreiheit der bezirklichen Einrichtungen umfasst für uns nicht nur die räumlichen Gegebenheiten, sondern auch Erleichterungen beim Zugang (z.B. Abbau der Hürden beim Zugang zum Gebäude).



Projekte im Kiez

- Mit **neuen Milieuschutzgebieten** im Wedding, Gesundbrunnen, in Alt-Mitte und Moabit schaffen wir auch dort Mietenstabilität.
- Um mehr Mietwohnungen für Menschen mit einem geringen Einkommen zu realisieren, sollen bei Neubauprojekten über städtebauliche Verträge die Mieten auf **mindestens 50 % mietpreis- und belegungsgebunden** an WBS-Berechtigte und die anderen 50 % im freifinanzierten Neubauanteil durchschnittlich **unter 10 Euro/m² im Monat** mit einer angemessenen Preisdifferenzierung festgelegt werden.
- Vorgeplante Baumaßnahmen wie die Errichtung von **Standard-Typenhäusern (TIWs)** in der Pohlstraße in Tiergarten Süd werden wir beschleunigt umsetzen.
- Wir werden alle Möglichkeiten ausschöpfen, um das bezirkliche **Vorkaufsrecht zur Sicherung von Wohnraum** bei jeder sich bietenden Gelegenheit konsequent umzusetzen.
- Bei der Aufstellung von neuen Bebauungsplänen werden wir zur wohnortnahen Versorgung **Gewerbeflächen und Flächen für soziale**

Infrastruktur mit bis zu 10 % berücksichtigen und werden diese Vorgabe konsequent durchsetzen.

- Wir wollen die **Photovoltaik-Abdeckung** und die Begrünung von Dächern in Mitte ausbauen. Neubauten von Schulen und öffentlichen Gebäuden oder Sanierungen wie beim Haus der Statistik wollen wir hierzu nutzen.
- Wir wollen gemeinsam mit Wohnungsgesellschaften vom Land Berlin und deren Mieter*innenbeiräten ein **Maßnahmenpaket zu Hitzesanierung** entwickeln, um Wohnhäuser in Berlin Mitte an Hitzesommer anzupassen und die Lebensqualität der Bewohner*innen insbesondere von sog. Plattenbauten zu sichern. Die Maßnahmen sollen möglichst keine oder nur geringe Auswirkungen auf die Höhe der Mieten haben.
- Um den Rückstau der letzten Jahre aufzufangen, werden wir pro Jahr 1000 neue **Bäume** in den Straßen und Grünflächen pflanzen.
- Die **Pflege der Straßenbäume** wollen wir verbessern. Neben einer Bewässerung im Frühjahr und im Sommer wollen wir bei der Beschneidung Radikalschnitte vermeiden und stattdessen den Turnus der Eingriffe erhöhen.
- Partizipative Projekte zur Umsetzung von mehr Klimaschutz vor Ort wie das **Klimaprojekt im Brunnenviertel** begleiten wir positiv und setzen uns dafür ein, dass die vereinbarten Maßnahmen umgesetzt werden.

- Wir werden die **Baumscheibengestaltung** künftig aktiv unterstützen, z. B. mit nachvollziehbaren Informationen zur baumverträglichen Bepflanzung.
- Unsere **Plätze sollen grüner werden**. Wir unterstützen Initiativen, die Flächen und Hochbeete kooperativ bepflanzen und pflegen wollen.
- Die **Schul-Umweltzentren und Bürger*innengärten** sind Orte der Umweltbildung, der Freizeitgestaltung im Grünen und der Begegnung. Wir wollen diese stärken und ausbauen, z. B. durch ein neues Funktionsgebäude für den Schulgarten an der Birkenstraße oder Investitionen in der Seestraße. Urban Gardening Projekte wie das „Himmelbeet“ wollen wir erhalten **und weitere spezielle Flächen dafür ausweisen**.
- Wir bleiben in stetigem Austausch mit **Kleingärtenvereinen** und stärken sie bei der Umsetzung konkreter Anliegen wie der Organisation der Abwasserentsorgung. Trotz aller Flächennutzungskonflikte in Mitte soll es auch für sie immer einen Platz im Wedding geben. In dem Sinne setzen wir uns für eine behutsame Umsetzung des Kleingartenentwicklungsplans in Mitte ein.
- Wir werden in der nächsten Wahlperiode **zusätzliche Schul- und Kitaplätze** anhand des **Bedarfs des Schulentwicklungsplans** auf den Weg bringen. Folgende Standorte bieten sich aufgrund der Bevölkerungsentwicklung dafür an: Campus Märkisches Museum, ehem. Standort der ZLB und Senatsbibliothek (Breite Straße), Haus der Statistik, Molkenmarkt, Diesterweggymnasium, Beachvolleyballfeld am

Nordbahnhof, Kommunale Galerie in der Auguststraße, zentraler Festplatz, Dohnagestell.

- Wir sind uns den ökologischen und sozialen Herausforderungen in Berlin Mitte bewusst und beides muss in Einklang gebracht werden. Deshalb werden wir als **Ausgleich für Versiegelungen** für den notwendigen Schulbau entsprechende Flächen entsiegeln, dazu gehören: Parkplatz am Centre Francais, Leipziger Straße, Schlossplatz, Rathausforum und Dohnagestell (verbunden mit der Schließung der Straße).
- **Beteiligungsorientierte Bildungsprojekte** in unseren Kiezen, wie das Grüne Klassenzimmer in der Wiesenburg leisten einen wichtigen Beitrag der außerschulischen Bildung und werden von uns auch zukünftig gestärkt.
- Die Wirtschaftsförderung des Bezirks wollen wir in bestimmten Schwerpunktkiezen (z. B. Turmstraße) stärken und zur strategischen **Ansiedlung von Gewerbe** in bestimmten Schwerpunktkiezen nutzen (z. B. nördliche Müllerstraße).
- Wir wollen eine auch **anwohner*innenverträgliche neue Perspektive für Gewerbetreibende und Gastronomie** am Rosenthaler Platz/Torstraße entwickeln.
- Wir setzen uns weiterhin aktiv für den **Erhalt von Kulturstandorten**, wie die Kulturfabrik in der Lehrter Straße, die Uferhallen in Moabit oder Silent Green, die Wiesenburg und die Gerichtshöfe im Wedding ein. Insbesondere streben wir verbindliche Vereinbarungen und kreative Lösungen an, überall dort wo die Vermieter*innen städtische

Wohnungsbaugesellschaften sind. Ist ein notgedrungenem Umzug Kulturschaffender durch Flächennutzungskonflikte oder Raumknappheit nicht zu verhindern, unterstützen wir bei der Suche nach Ersatzorten.

- Wir werden bestehende **Arbeitsverhältnisse** des Bezirks in Form von Leiharbeit **bis Ende 2022 in Festanstellungen** überführen.

III. Ein vielfältiges und gemeinschaftliches Berlin Mitte

Familien und Jugendliche stärken!

Wir wollen bis 2030 der familienfreundlichste Bezirk von Berlin werden. Das Familienservicebüro Mitte wollen wir endlich ans Netz bringen und die für Familien relevanten Leistungen und Angebote des Bezirkes dort bündeln und zielgruppengerecht adressieren. Hierzu gehört z. B. die Beantragung der Bildung-und-Teilhabe-Leistungen, deren Beantragung darüber hinaus zu vereinfachen ist. Für die Beantragung aller Familienleistungen sollen Leitfäden (digital/analog) in den meistgesprochenen Sprachen in Berlin-Mitte und in einfacher Sprache entwickelt werden, damit alle Menschen in unserem vielfältigen Bezirk die ihnen zustehenden Leistungen problemlos beantragen können. Wo immer möglich, wollen wir „Leistungen aus einer Hand“ anbieten, damit die Zahl der notwendigen verschiedenen Ämter so gering wie möglich für Familien gehalten werden kann. Die derzeitige Bearbeitungszeit von Anträgen für Elterngeld, Unterhaltsvorschuss, aber auch für einen Kita-Gutschein sind eine Zumutung. Um dies endlich zu beenden, sind die Prozesse deutlich zu verschlanken, weiter zu digitalisieren und das Personal in allen Bereichen des Jugendamts zu verstärken. Wir

wollen gemeinsam mit dem Land eine zentrale Onlineplatzvergabe für eine diskriminierungsfreie Kinder-Tagesbetreuung vorantreiben.

Die guten bestehenden institutionellen Ressourcen im Bereich Sprachförderung müssen zusammengeführt werden. Mehrsprachige Kinder müssen zwingend beim Erwerb der deutschen Sprache umfassend gefördert werden. Kinder mit erhöhten Förderungsbedarf sollen an Schulen diskriminierungsfrei Zugang zu Sprachförderung erhalten. Gleichzeitig ist die Familiensprache in Form von Materialien, Vorlesenden in der Familiensprache oder auch zentralen Buchempfehlungen in den Kindergärten und Schulen sichtbar zu machen.

Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche sicher und geschützt aufwachsen. Ihr Schutz vor jeder Form von Gewalt muss in allen Lebensbereichen gewährleistet werden. Wir unterstützen junge Menschen bei der gewaltfreien Lösung von Konflikten und stärken ihre Widerstandsfähigkeit gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sowie religiösen und politischen Extremismus. Dabei muss die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen überall im Bezirk unkompliziert, wohnortnah und jugendgerecht erreichbar sein.

Wir wollen die Entwicklung aller Kinder und Jugendliche fördern und sie dazu ermuntern, ihre Freizeit eigenständig zu gestalten. Wir setzen uns daher für die Einrichtung eines Jugendbeirates im Bezirk Mitte ein, über den jungen Menschen die Möglichkeit erhalten, an den politischen Prozessen aktiv zu partizipieren und ihre Ideen einzubringen.

Für eine selbstbestimmte und eigenverantwortliche Freizeit brauchen Jugendliche Freiräume und vielfältige Orte für Bildung, Kultur und Freizeit. Wir wollen die Bereitstellung von Räumen für Kinder und Jugendliche bei Neubau und bei der Vergabe städtischer Gebäude unterstützen und sichern in allen Stadtteilen eine verlässliche Infrastruktur an Angeboten. Dabei legen wir einen Schwerpunkt auf den Erhalt und den Ausbau der Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen und achten dabei auf Öffnungszeiten, die die Ansprechbarkeit der Jugendlichen erhöhen. Wir fördern Angebote der offenen Jugendarbeit auf unseren Kiez-Plätzen und sorgen dafür, dass die bestehenden Angebote im Bezirk noch bekannter werden. Wir wollen die Suchtmittelprävention sowie die ambulante und stationäre Jugendhilfeeinrichtungen weiter stärken. Die Integrationsarbeit dieser Einrichtungen wollen wir weiterhin unterstützen und ausbauen. Dabei verfolgen wir weiterhin das Konzept der Sozialraumorientierung, die die gezielte Kooperation von Einrichtungen und Angeboten für Jugendliche im Kiez fördert, um die Kinder und Jugendlichen individuell vor Ort in ihrer Entwicklung zu fördern.

Fassadengestaltung und legal gesprühte Graffiti sind bei uns im Bezirk willkommen! Wir machen uns stark für mehr Kinder- und Jugendprojekte zur Fassadengestaltung in Zusammenarbeit mit Graffiti- und Streetart-Künstler*innen aus und in unseren Kiezen, geben öffentliche Gebäude gezielt für die Fassadengestaltung frei und definieren weitere legale Graffiti-Sprühflächen – Hall of Fames – im Bezirk.

Öffentliche Gesundheitsdienste ausbauen!

Wir wollen den **Öffentlichen Gesundheitsdienst** in Mitte stärken. Hierbei sind Kinder und Jugendliche, Senior*innen, Menschen mit psychiatrischen Erkrankungen, Menschen in benachteiligten Kiezen, Geflüchtete, Personen ohne Versicherungsschutz sowie ohne Obdach besonders in den Blick zu nehmen. Die Unterstützung der aufsuchenden Familienhilfe durch Familienhebammen ist auszubauen und mit den Familienzentren im Bezirk zu vernetzen. Ansätze, die bei der Prävention von Gesundheitsproblemen ansetzen, müssen ausgebaut werden. Um eine wohnortnahe ärztliche Versorgung zu gewährleisten, sollen Anreize gesetzt werden, die die Ansiedlung von Ärzt*innen in nicht optimal versorgten Stadtteilen verbessern. Wir setzen uns für den Ausbau von Pflegestützpunkten ein, um eine wohnortnahe Versorgung sicherzustellen. Barrierefreiheit der Pflegestützpunkte ist dabei eine Selbstverständlichkeit. Nicht erst die Covid-19-Pandemie hat gezeigt, dass der Öffentliche Gesundheitsdienst personell und technisch besser ausgestattet werden muss. Hierzu soll das in Berlin bereits beschlossene „Mustergesundheitsamt“ zeitnah umgesetzt werden.

Teilhabe von Senior*innen sicherstellen!

Die Bedürfnisse der Bürger*innen sind in jeder Phase andere und daher müssen wir auch alle Lebensphasen im Blick behalten. Gerade ältere Bürger*innen schätzen Begegnungsstätten und Stadtteilzentren als niedrigschwellige Möglichkeiten der Teilhabe. Daher wollen wir diese Begegnungsorte finanziell auf sichere Füße stellen. Hierzu streben wir ein

gesamtbezirkliches Konzept zur Steigerung des Engagements von Senior*innen, das vom Bezirksamt gemeinsam mit der Senior*innenvertretung Mitte zu erarbeiten ist. Aber nicht nur Begegnungen sind für Ältere wichtig. Vor allem eine altersgerechte Infra- und Versorgungsstruktur ist für die Steigerung der Lebensqualität entscheidend. Daher setzen wir uns ein für fußläufig erreichbare Einkaufsmöglichkeiten, Ärzt*innen, Post und Begegnungsstätten sowie den Ausbau öffentlicher, barrierefreier Toiletten von Geschäften, Parks und Friedhöfen.

Vielfalt ist für uns Stärke

Die große **Vielfalt** ist die Stärke unseres Bezirks. Diese Vielfalt bildet sich in zahlreichen Gremien (Stadtteilvertretung, Quartiermanagement, Elternbeiräte in Schulen und Kitas, BVV etc.) jedoch noch nicht ab. Daher sind mehrsprachige Beratungs- und Angebote zum Empowerment für die jeweiligen Zielgruppen zu entwickeln bzw. auszubauen und zu bewerben. Die Übersicht der sozialraumorientierten Planungskoordination wollen wir bekannter machen und zu einem Mitte-Atlas mit entsprechenden Vereinen, Organisationen und Institutionen weiterentwickeln, um die jeweilige Zielgruppe besser anzusprechen. Nachbarschaftliches Engagement wollen wir unterstützen. Wir machen Mitte auch in der Praxis zu einem einbürgerungsfreundlichen Bezirk, verstärken die zuständige Behörde personell und handeln zugewandt sowie offen gegenüber den Einbürgerungswilligen – und berechtigten.

Wir wollen uns weiterhin für die Rechte **geflüchteter Menschen** einsetzen. Geflüchtete Menschen, die vorübergehend oder dauerhaft bei uns ein Zuhause suchen, bekommen die bestmögliche Unterstützung zur Integration und zum Aufbau eines neuen Lebens. Neben Zugang zur frühkindlichen Bildung, Schule, Ausbildung und Arbeit braucht es auf bezirklicher Ebene auch Projekte zur Begegnung sowie zum kulturellen und interkulturellen Austausch. Vor allem Familien brauchen Zugang zu angemessenem Wohnraum. Besonders schutzbedürftige Gruppen, wie Minderjährige, Frauen oder queere Menschen sollen in Berlin Mitte besondere Schutzmöglichkeiten erhalten. Zugang zu medizinischer sowie psychotherapeutischer Versorgung muss gewährleistet sein. Das Prinzip von Flüchtlingsfürsprecher*innen, die bei Konflikten in Unterkünften vermitteln sollen und Interessenvertreter*innen für Flüchtlinge sind, wollen wir weiter ausbauen.

In Mitte gibt es zahlreiche Initiativen und Projekte, die – unterstützt durch Mittel des bezirklichen Integrationsfonds – unter anderem **Wohnraumakquise für Geflüchtete** Menschen, Begleitung zu Behörden, Sprachmittlung, Sprachkurse oder ein nachbarschaftliches Miteinander für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund aus dem Sozialraum anbieten bzw. organisieren. Wir setzen uns dafür ein, dass gut laufende Integrations- und Teilhabeprojekte auch zukünftig weitergefördert werden. Ankommen und Integration gelingen leichter, wenn Menschen in den eigenen vier Wänden wohnen. Wir setzen uns dafür ein, dass zu uns geflüchtete Menschen (insbesondere Familien mit Kindern und besonders

schutzbedürftige Gruppen) im Bezirk Mitte prioritär in Wohnungen untergebracht werden und bestehende Kooperationen mit Wohnungsbaugesellschaften ausgebaut werden.

In unserem Bezirk ist **kein Platz für Nazis oder Rechtspopulist*innen**. Die SPD tritt für einen weltoffenen und toleranten Bezirk ein. Bei uns dürfen Extremismus, Populismus und Alltagsrassismus keinen Platz haben und wir wenden uns gegen jede Form neonazistischer Umtriebe. Die bezirkliche Registerstelle, die sich professionell mit allen Phänomenen des Rechtsextremismus und Rassismus bzw. der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit auseinandersetzt, ist ein wichtiger Baustein unserer Politik. Die Registerstelle soll die demokratischen Akteur*innen in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft miteinander vernetzen und sie bei deren gemeinwohlorientierter Arbeit fachlich unterstützen. Für diese Erweiterung des Aufgabenspektrums ist eine personelle Aufstockung der Registerstellen erforderlich. Perspektivisch streben wir eine eigene bezirkliche Anti-Diskriminierungsstelle an. Leider muss unser Bezirk oft als Kulisse für rechtsextreme, rassistische und antisemitische Aufmärsche herhalten. Wir stehen fest an der Seite der Bündnisse und Initiativen, die Gegenproteste anmelden und dafür mobilisieren. Sie erhalten unsere volle Solidarität und Unterstützung. Der Bezirk muss sich im Rahmen seiner Möglichkeiten dafür einsetzen, dass Anwohner*innen vor Bedrohungen aus den Aufmärschen heraus geschützt werden.

Den Schwächsten wollen wir helfen!

Wohnungslose Menschen in Mitte brauchen unsere aktive Unterstützung, um ihre Situation zu verbessern. Wir wollen denen, die es wollen, dabei helfen, schnellstmöglich eigene Wohnräume wieder zu erlangen. Die guten Erfahrungen mit Housing First und eigenen bezirklichen Straßensozialarbeiter*innen wollen wir nutzen und beides ausbauen. Zusätzlich bedarf es in Zusammenarbeit mit dem Land der angemessenen finanziellen Unterstützung und der Schaffung von weiteren Obdachlosenunterkünften und Anlaufstellen. Auch Möglichkeiten für kostenlose medizinische Versorgung von Menschen ohne Obdach und öffentliche Waschräume und Toiletten wollen wir ausbauen. Ebenso das **Streetworking für suchtkranke Menschen**. Damit auch wohnungslose Menschen aus anderen Ländern mit den Hilfsangeboten gut erreicht werden können, fördern wir die sprachliche Vielfalt der Mitarbeiter*innen im Bezirk und den jeweiligen Trägern. Zudem stärken wir flächendeckend präventive Angebote wie die Schuldnerberatungsstellen, allgemeine Sozialberatungen und fördern Projekte zur Stärkung der Finanzkompetenz von Kindern und Jugendlichen. Zwangsräumungen sind nur durchzuführen, wenn geeigneter Ersatzwohnraum zur Verfügung steht. Es soll niemand gezwungen werden, auf der Straße leben zu müssen.

Transparente und bürger*innenfreundliche Bezirksverwaltung

Die Entscheidungen im Bezirksamt und in der Bezirksverordnetenversammlung haben direkte Auswirkungen auf das

Leben. Deshalb müssen die dazugehörigen Entscheidungsprozesse transparenter, verständlich und **bürger*innenfreundlich** dargestellt werden. Das Digitale prägt unseren Alltag, auch im bezirklichen Verwaltungshandeln. Daher setzen wir uns in der kommenden Legislatur für einen Ausschuss für Digitalkompetenz in der Bezirksverordnetenversammlung ein. Wir werden die Digitalisierung in Mitte nur dann gestalten können, wenn wir sie als zentrale Entwicklungsaufgabe des Bezirks begreifen:

- Der Bezirk Mitte braucht eine politische Digitalstrategie in Form einer „Digitalen Agenda für Mitte“, die einen übergeordneten Rahmen für das zukünftige digitale Handeln im Bezirk schafft, Schwerpunkte setzt sowie Verantwortlichkeiten und die notwendigen Ressourcen benennt.
- Digitale Beteiligungsplattformen ermöglichen es allen Menschen, in unserem Bezirk mitzugestalten. Der Ausbau und die Nutzung solcher Plattformen (z.B. mein.berlin.de) soll weiter unterstützt werden. Gleichzeitig soll das Bezirksamt die existierenden digitalen Beteiligungsformen in sein Verwaltungshandeln einbeziehen. Insbesondere soll die digitale Bürger*innenbeteiligung im Bereich der Stadtentwicklung ausgebaut werden.
- Wir wollen, dass das Bezirksamt ein moderner Dienstleister für die Bürger*innen wird. Bis 2026 wollen wir daher die mit dem E-Government-Gesetz angestoßenen Maßnahmen und Ziele für mehr digitale Bürger*innenservices weiter vorantreiben. Einerseits soll die

Digitalisierung der Geschäftsprozesse und andererseits die Möglichkeiten zur mobilen und Telearbeit im Bezirksamt vorangetrieben werden.

- Die öffentliche Verwaltung muss auch in Zukunft für alle Bürger*innen erreichbar sein. Wir werden dafür sorgen, dass die fortschreitende Digitalisierung inklusiv gestaltet wird. Deswegen soll es auch in Zukunft analoge Beratung und Betreuung geben. Zugleich fördern wir die breite und lebenslange Vermittlung von Digitalkompetenz bei Jung und Alt. Über eine institutionelle Förderung von „digitalen Werkstätten“ und „Digital-Scouts“ werden wir die Ansiedlung von digitalen Lernräumen im Bezirk Mitte voranbringen.
- Der Zugang zur digitalen Infrastruktur ist in der derzeitigen Stadtgesellschaft nicht allen Menschen gleichermaßen gegeben. Wir sehen diesen Zugang aber als wesentlichen Bestandteil moderner Daseinsvorsorge und damit als öffentliches Gut. Wir wollen daher freizugängliche Internetzugänge im Bezirk schaffen, die allen Menschen zugänglich sind.

In diesem Ausschuss gilt es, die Digitalisierung für einen modernen und bürgernahen Bezirk zu erreichen.

Die Fachämter in den Bezirken schaffen es oft nicht, die Dienstleistungen in einer angemessenen Frist zu erbringen bzw. Termine hierfür bereitzustellen. Daher brauchen wir eine schnellere Besetzung aller freien Stellen im Bezirk und eine bedarfsorientierte Personalverstärkung bei stetiger Aufgabenkritik. Hierbei streben wir eine Besetzung innerhalb von maximal drei Monaten an.

Gleichstellung und Chancengleichheit durchsetzen!

Als Sozialdemokratie setzen wir uns für die **Gleichstellung** der Geschlechter ein. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass die Verlierer*innen und gleichzeitig Hauptträger*innen der systemrelevanten Berufe **Frauen** sind. Wir wollen in Mitte ein geschlechtergerechtes Krisenmanagement schaffen, das Bezirks-Subventionen, den Erhalt und Ausbau von Schutzräumen und die Teilhabe in den Bezirksentscheidungen aus geschlechtergerechter Perspektive denkt. Öffentliche Gelder sollen stets geschlechtergerecht verteilt werden. Wenn es geschlechterspezifische Unterschiede gibt, müssen die bestehenden Angebote und die Ansprache hinterfragt werden. Gender Budgeting (geschlechtergerechte Verteilung von Haushaltsmitteln) ist hierbei ein Instrument, das es weiterzuentwickeln gilt. Das Instrument gender auditing (Überprüfung der Auswirkungen des Haushaltsvollzugs) wollen wir einführen. Auf Bezirksebene wollen wir diese Weiterentwicklung zum Anlass nehmen, um eine Erweiterung dieser Instrumente um die Perspektive von Menschen mit Migrationshintergrund und Black and People of Colour (BPoC) anzustoßen. Wir verpflichten uns dazu, die Vernetzung von Frauen- und Mädcheninitiativen weiterhin zu fördern und zu verbessern. Die Altersarmut in Mitte trifft besonders stark Frauen;. Gewalt, Diskriminierung, Zwangsheirat, Altersarmut sind Probleme, von denen Mädchen und Frauen besonders stark betroffen sind. Es gibt in unserem Bezirk viele Vereine, Projekte und Beratungsstellen, an die sich Frauen in Notlagen wenden können. **Diese werden wir auch weiterhin aktiv unterstützen.** Die Verankerung von „Caring Communities“ im Quartiersmanagement können

kompensatorisch die Betroffenen unterstützen. Präventiv muss die Problematik auch geschlechtergerecht angegangen werden. Die Pandemie hat leider zudem gezeigt, dass viele Frauen auf Schutz in Frauenhäusern angewiesen sind. Hier fehlt es jedoch an ausreichend Räumlichkeiten, weshalb wir uns für einen Bestandsschutz sowie für einen Ausbau von Frauenhäusern einsetzen.

Wir wollen **Inklusion** in allen gesellschaftlichen Bereichen. Hierzu gehört die personengruppenzentrierte Ausrichtung, um Menschen mit und ohne Behinderung die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft und die Teilhabe am Arbeitsleben zu ermöglichen. Wir werden die bezirklichen Möglichkeiten mit dem Ziel einer inklusiven Gesellschaft nutzen. Wir nehmen Einfluss auf die Trägervertretung der Jobcenter bei der Maßnahmenplanung. Wir sensibilisieren Unternehmen u.a. über die Wirtschaftsförderung und die bezirkliche Behindertenbeauftragte für die Schaffung von Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit unterschiedlichen Stärken und verschiedensten Beeinträchtigungen. Wir nutzen die Instrumente des Baurechts, um bauliche und kommunikative Barrieren abzubauen. Wir setzen uns dafür ein, dass Vertreter*innen des Behindertenbeirats Mitte künftig in allen Ausschüssen der BVV als beratende Mitglieder mit Rederecht eingebunden werden, damit ihre Bedarfe in allen Lebensbereichen angemessen berücksichtigt werden können. Wir suchen nach Möglichkeiten, den behindertengerechten Aus- und Umbau im Bestand zu fördern.

Leider gibt es in unserer Stadt und unserem Bezirk nach wie vor **Diskriminierungen**. Die gleichberechtigte Teilhabe von Älteren, Frauen, LSBTIQ, Menschen mit Behinderungen, BPoC oder Migranten*innen ist noch immer nicht sichergestellt. Auch queere Menschen werden krank, älter, müssen gepflegt werden, haben körperliche oder geistige Beeinträchtigungen. Ob im Krankenhaus, im Altersheim oder in der Pflege-WG: Wir wollen Stigmatisierungen und Diskriminierungen überall abbauen und die besonderen Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans* und intersexuellen Menschen berücksichtigen. Die SPD Mitte kämpft weiterhin gegen jede Form der Diskriminierung. Diskriminierung existiert auch in Bewerbungsverfahren. Um hier gegenzusteuern, setzen wir die standardisierte anonyme Bewerbung in den Bewerbungsverfahren des Bezirkes oder bezirkseigenen Betrieben konsequent um. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass bezirkliche Auswahlverfahren darauf überprüft werden, ob sie bestimmte Zielgruppen diskriminieren und die Verfahren entsprechend diversitätsorientiert angepasst werden. Zukünftig soll bei bezirklichen Bewerbungsverfahren eine diversitätsorientierte Bestenauslese umgesetzt werden und vorhandene Kompetenzen wie nicht deutsche (Mutter-)Sprachkenntnisse und Diversity-Kompetenzen stärker gewichtet werden.

Auch auf dem Wohnungsmarkt setzen wir uns gegen Diskriminierung ein. Daher wollen wir die Entwicklung einer stadtweiten Kultur antidiskriminatorischer Vermietungs- und Verwaltungspraxis im Wohnungswesen. Hierzu wollen wir die dialog- und weitergehende

Kooperationsbereitschaft einer Vielzahl von Akteurinnen und Akteuren in einem neuen Beirat bündeln, der Modellprojekte in diesem Bereich bei den kommunalen Wohnungsträgern erarbeiten soll.



Projekte im Kiez

- **Barrierefreie Stadtteilzentren** wie das Paul-Gerhard-Stift, das Kreativhaus oder die Fabrik Osloer Straße sind insbesondere für Senior*innen und Menschen mit Behinderung wichtige Orte. Wir wollen Förderungen und die personelle Ausstattung sicherstellen. Die Vernetzung innerhalb der Vereine mit Seniorinnen und Senioren, Menschen mit Behinderung und weiteren Gruppen muss verbessert werden.
- Für Senior*innen sind gerade **wohnortnahe, kleine Begegnungsstätten** von großer Bedeutung. Deshalb werden wir neben den großen Einrichtungen der Stadtteilzentren auch die kleinen Einrichtungen wie Jahresringe im Brunnenviertel oder Haus Bottrop im Panke-Kiez auch zukünftig finanziell absichern.
- Orte wie „**Evas Haltestelle**“ sind zentrale Anlaufstellen für Frauen, die sich in Not befinden und kein Obdach haben. Wir werden solche Orte weiterhin fördern und unterstützen.
- Wir werden die Zahl **sicherer Drogenkonsumräume** und die Möglichkeiten für sicheren Spritzentausch ausweiten.

- Den **Umbau des „Hauses der Statistik“** wollen wir nutzen, um den zum großen Teil neu entstehenden Gebäudekomplex als Ort für alle zu etablieren. Hier entsteht aus einem kooperativen und gemeinwohlorientierten Beteiligungsverfahren heraus ein lebendiger Ort, in dem Verwaltung, darunter ein neues Rathaus, Kunst, Kultur, Soziales, Bildung und bezahlbares Wohnen miteinander verknüpft werden. Dabei sollen auch viele von den Anwohner*innen des Alexanderplatzes und der Nördlichen Karl-Marx-Allee gefühlten Defizite angegangen und ihnen ein Zentrum gegeben werden. Mehrzweckräume und ein multifunktionaler Bühnenraum sollen Platz für Vereine, Bürger*inneninitiativen, Schulen und darstellende Künstler bieten. Die Erdgeschosszonen sollen genutzt werden, um auch nach Ladenschluss und dem Feierabend der Verwaltung den Komplex zu beleben, ohne dabei die Wohnnutzung zu stören. Auch ein Drogenkonsumraum soll im Projekt integriert werden.
- **Gebäude in öffentlicher Hand**, die strategisch an wichtigen Knotenpunkten liegen, wie das Revierhäuschen auf dem Friedhofsgelände in der Ruheplatzstraße, sollen strategisch für die **Öffnung in den Kiez** geprüft werden, um gemeinsame Nutzung zwischen verschiedenen Ressorts zu ermöglichen.
- **Sportprojekte und Rückzugsräume für Jugendliche**, wie den Safe-Hub am Leopoldplatz werden zügig in die Umsetzung geführt.
- Die **Trostfrauen-Statue in Moabit** wird mit einem Künstler*innen-Wettbewerb und mit Beteiligungsmöglichkeiten für Zivilgesellschaft und

Interessierten zu einem dauerhaften Mahnmal, das an Sexualisierte Gewalt gegen Frauen insbesondere in kriegerischen Konflikten erinnert.

- Wie wollen den **Erhalt von nichtkommerziellen und demokratischen Nachbarschafts-, Wohn- und Kulturprojekten** (bspw. Teepeeland) und setzen uns für bedrohte Standorte ein.
- Wir wollen, dass **Rückzugsräume und Safe Spaces für Personen mit intersektionalen Diskriminierungserfahrungen**, die entsprechend nicht nur einer vulnerablen Gruppe angehören, gefördert und ihre Sichtbarkeit in und außerhalb ihrer Community gestärkt werden (bspw. Schutzräume für queere Geflüchtete). Hierbei gilt es, dass der Bezirk mit Sozialträger*innen und zivilgesellschaftlichen Initiativen zusammenarbeitet.
- Wir wollen gemeinsam mit den Berliner Verkehrsbetrieben und der Deutschen Bahn ein **Maßnahmenpaket für mehr Sicherheit** vulnerabler Gruppen im ÖPNV in Berlin Mitte entwickeln. Das gilt insbesondere für obdachlose Menschen, LSBTIQ*, Menschen mit sichtbaren religiösen Symbolen und Kleidung, BPoC, Menschen mit Behinderungen und Frauen.
- Wir werden einen **mehrsprachigen Wegweiser** mit Kontaktdaten zu bestehenden Einrichtungen und Hilfsangeboten im Bezirk für Personen erstellen, die von Diskriminierung betroffen sind oder waren. Ergänzend wollen wir regelmäßige Informationsveranstaltungen zu den gesetzlichen Schutzvorschriften gegen Diskriminierung durchführen.